

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

25.6.1927 (No. 145)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 9515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. K. end,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Anzeigenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhebung, zwangsweiser Beitragszahlung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Verläste über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Badische Regierung in Berlin

In der Badischen Gesandtschaft in Berlin hat am Donnerstag, den 23. d. M., in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Badischen Regierung ein Abendessen stattgefunden. Hierzu sind erschienen der Reichspräsident in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner, der Reichskanzler Dr. Marx in Begleitung des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Ründer, der Präsident des Reichstages Loeb, der Reichsminister des Innern Dr. Reubell, der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der Reichsfinanzminister Dr. Höpfer, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Reichspostminister Dr. Schäpl, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele, der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Zweigert, der Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Gebiete Schmid, Runtius Pacelli, der Vertreter des Reichsrats Erzelenz-Gebandt von Boden, sowie die Vertreter und Gesandten der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen.

Am Mittag des gleichen Tages hatte der Reichskanzler Dr. Marx die Mitglieder der Badischen Regierung zu einem Frühstück eingeladen.

Die Anwesenheit der Badischen Regierung in Berlin gab Gelegenheit, mit den Mitgliedern der Reichsregierung die verschiedensten politischen Fragen, insbesondere die badischen Wirtschafts- und Landesbelange zu besprechen.

Mieterschutzgesetz und Reichsmietengesetz

Der Reichsrat erklärte sich am Freitag damit einverstanden, daß sowohl das Mieterschutzgesetz wie das Reichsmietengesetz weiter bis zum 1. Juli 1929 gelten sollen. Die Reichsregierung hatte eine erleichterte Kündigungsmöglichkeit vorgeschlagen: Gerichtliche Aufhebung der Kündigung und Räumungsbefehl statt der bisherigen Aufhebungsklage. Dieser Teil der Novelle wurde mit 46 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Der übrige Teil der Novelle, namentlich die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes um 2 Jahre wurde angenommen.

Beim Reichsmietengesetz, das ebenfalls bis zum 1. Juli 1929 verlängert werden soll, bestimmte die Novelle, daß für Mietverhältnisse, die durch die Landesregierungen aus dem Gesetz herausgenommen sind, für die aber die gesetzliche Miete zunächst weiter gelten soll, auch eine Regelung nach dem früheren Vertrag möglich sein soll.

Beim Mieterschutzgesetz war die Aufhebung des Mietverhältnisses gegen den Willen des Mieters grundsätzlich nur im Wege der Klage des Vermieters durch gerichtliches Urteil möglich, wenn die Voraussetzungen der §§ 2 bis 4 des Gesetzes bestanden (Belästigung des Vermieters oder der Hausbewohner, unangemessener Gebrauch der Räume, Zahlungsverzug des Mieters, dringendes Interesse des Vermieters an den betreffenden Räumlichkeiten). Nach dem — jedoch vom Reichsrat nun abgelehnten — Vorschlag der Regierung sollte der Weg der Klage grundsätzlich nicht mehr nötig sein, sondern ein besonderes Kündigungsverfahren genügen. Hierfür wurden in den neuen Paragraphen 1 bis 10 ausführliche Formvorschriften gegeben. Die Kündigung muß auf einem bestimmten Formular ausgesprochen und durch gerichtliche Aufhebung von Amts wegen dem Mieter mitgeteilt werden. Wenn der Mieter binnen einer Woche Widerspruch erhebt, dann verliert die Kündigung ihre Kraft, und es kann nur noch Aufhebungsklage erhoben werden. Wird nicht rechtzeitig Widerspruch erhoben, so kann der Vermieter binnen einem Monat einen gerichtlichen Räumungsbefehl erwirken, der die Wirkung eines auf Aufhebungsklage ergangenen Verfallsurteils hat.

Rathenau-Gedenkfeier in Berlin. Anlässlich des Todestages Walter Rathenaus veranstaltete das Berliner Reichsbanner Freitagabend unter Beteiligung vieler Tausender am Grabmal des Toten in Oberschöneweide eine Gedenkfeier. Nach einer Kranzniederlegung durch die Deutsche Demokratische Partei sprach zunächst ein Vertreter des Bundesvorsitzenden. Darauf hielt Reichstagsabgeordneter Feuß die Gedenkrede, in der er das Lebenswerk Walter Rathenaus schilderte. Vor dem Grabe Rathenaus hatte das Reichsbanner eine Ehrenwache gestellt. — Am Grabe wurde auch durch einen Vertreter des Reichsministeriums des Innern namens der Reichsregierung ein Kranz niedergelegt.

Eine Einladung zur Besichtigung der zerstörten Unterstände. Wie der demokratische Zeitungsdienst erfährt, wird General von Pawlitz die Einladung an die Sachverständigen der alliierten Mächte in den nächsten Tagen hinausgehen lassen. Die Besichtigung der zerstörten Unterstände wird etwa Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Besichtigungstour dürfte etwa 10 Tage in Anspruch nehmen. Vorausichtlich wird als Vertreter Frankreichs Major Durand an der Besichtigungstour teilnehmen.

Cosgrave wieder Präsident von Irland. Dem irischen Parlament wurde Cosgrave mit 68 gegen 22 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt.

* Um die Locarno-Politik

Mag auch das russische Problem zur Zeit die Kabinette besonders in Anspruch nehmen und für sie im Vordergrund des Interesses stehen, so ist und bleibt doch einseitigen für Deutschland die Regelung unserer Beziehungen zu Frankreich die wichtigste Aufgabe unserer gesamten Außenpolitik. Wir können diese Aufgabe nach Lage der Dinge nur lösen auf friedlichem, diplomatischem Wege. Denn wir sind, machtpolitisch und militärisch gesehen, die Schwächeren und wünschen auch innerlich keinen Krieg.

Diese Situation zeichnet uns die Richtlinien unserer Außenpolitik ganz von selbst vor. Wir müssen versuchen, durch eine Politik der Versöhnung, durch eine Politik der Verhandlungen, durch eine Politik der Besonnenheit und Ruhe und des Entgegenkommens am richtigen Ort das zu erreichen, was für uns zu erreichen notwendig ist. In dem Vertrag von Locarno und den Besprechungen von Thoiry fand diese Politik ihren besten und sichtbarsten Ausdruck. Und, wenn wir auch heute noch trotz mancher trübten Erfahrung an Locarno festhalten, dann geschieht das in der Erkenntnis, daß die Locarno-Politik eben doch die zweckmäßigste für uns ist. Wir glauben kaum, daß es einen verantwortungsbewußten Politiker in Deutschland gibt, der unserm Volke eine nützlichere Methode zu nennen wüßte. Wir sagen absichtlich: keinen „verantwortungsbewußten“ Politiker. Wird auf den Tisch zu schlagen, den Vordringenden zu spielen und von Nebanbe zu reden, das ist ja sehr leicht, hat aber mit Verantwortungsbewußtsein nichts zu tun.

Die praktische Frage für uns und unsere Außenpolitik ist die: Wie stellt sich Frankreich zu dem, was wir wünschen? Wie stellt sich Frankreich zur Locarno-Politik? Und namentlich heute, nach dem peinlichen Ergebnis der letzten Genfer Ratstagung und nach der Rede Poincarés, müssen wir diese Frage vor aller Öffentlichkeit aufwerfen. Und das hat ja denn auch Stresemann in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des Reichstags vorgestern getan. Frankreich wird nicht umhin können, uns eine klare Antwort darauf zu geben.

Frankreich hat die Alternative, entweder zu erklären, daß es an der Locarno-Politik kein Interesse mehr hat, oder zu erklären, daß es an der Locarno-Politik festhalten will, aber diese und jene Beschwerden vorzubringen hat. Die Rede Poincarés scheint ja — zumal nach seiner eigenen, späteren Interpretation — diese zweite Möglichkeit ins Auge zu fassen, nämlich: Fortführung einer Politik der Annäherung, unter Berücksichtigung der Beschwerden, die Frankreich meint vorbringen zu müssen.

Wenn dem so ist, dann hat sich Herr Poincaré in Luneville ganz bestimmt nicht glücklich ausgedrückt. Vor allem aber hat er eines vergessen, woran ihn jetzt Herr Stresemann und der Reichstag im Namen des ganzen deutschen Volkes erinnern, bevor Frankreich Beschwerden geringfügiger Art vorträgt, von diesem selbst Frankreich erst einmal die Zusicherungen erfüllt werden sollten, die man uns am 14. November 1925 feierlich gegeben hat, d. h. vor allem die Zusicherung einer erheblichen Reduzierung der Truppenstärke im besetzten Gebiet.

Die Tatsache, daß die Deutschnationalen der Reichsregierung angehören, kann die Pariser Regierung nicht von ihren Verpflichtungen entbinden. Denn auch die neue Reichsregierung hat sich mit Einschluß der Deutschnationalen, unter deren ausdrücklicher Zustimmung für die Fortführung der Locarno-Politik entschieden und ist in einer ganzen Reihe von Punkten — man denke nur an die Forderung einer Kontrolle der Beseitigung der Ostbesetzungen — den französischen Wünschen nachgekommen.

Gewiß ist die deutschnationalen Parteiagitator in Lande und die Haltung der deutschnationalen Presse keine Erleichterung für unsere Außenpolitik und geeignet, der französischen Öffentlichkeit bequeme Vorwände zu liefern. Die Forderung aber, daß Frankreich nun endlich seine Zusicherungen erfüllen möge, wird nicht allein von den Deutschnationalen erhoben, sondern von dem ganzen deutschen Volke. Und diese Forderung wird hoffentlich von Frankreich so ernst genommen werden, wie sie es verdient.

Daß jetzt ein deutschnationales Blatt die Rede Stresemanns eine „Janfare“ nennt, ist wieder ein Beweis

dafür, wie ungeschickt die deutschnationale Presse oft operiert. Aber der Verlauf der außenpolitischen Debatte im Reichstag und die genaue Lektüre der Stresemannschen Rede selbst wird Herrn Poincaré wohl davon überzeugen können, daß hier keineswegs in die Janfare gestochen wird, sondern, daß das deutsche Volk mit einer nur zu begreiflichen Entrüstung die Einlösung von Versprechungen fordert, die uns gegeben worden sind. Will Herr Poincaré diese Versprechungen halten oder nicht? Das ist die Frage, die er jetzt selber zu beantworten hat.

Die Aufnahme, welche die Rede Stresemanns und die Reichstagsdebatte in der französischen Presse gefunden hat, ist nicht ungünstig. Sie zeigt, daß man die Bedeutung der Worte des Außenministers wohl erkannt hat und den Ernst seiner Ausführungen würdigt.

Eröffnung der deutschen Turn- und Sportausstellung in Karlsruhe

Zu Gegenwart des Staatspräsidenten Dr. Brüning und des Oberbürgermeisters Dr. Hinter wurde heute Samstag vormittag 11 Uhr die aus Anlaß der diesjährigen Hauptversammlung des Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege veranstaltete Deutsche Turn- und Sportausstellung eröffnet.

Anwesend waren ferner Landtagsabgeordneter Wülfel als Vertreter des interfraktionellen Ausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, Polizeidirektor Hauser, die Spitzen der Polizei und Gendarmerie, Vertreter der städtischen Schulbehörde und der Technischen Hochschule, der sportlichen Organisationen und Jugendverbände, der besuchenden Vereine, der Ärzteschaft usw.

Nach dem Festmarsch von Beethoven betrat der Vorsitzende des Badischen Landesausschusses,

Polizeioberleutnant Brenner, das von einer Mannschaft des Polizeisportvereins flankierte Rednerpult, um die Anwesenden herzlich zu begrüßen und allen an dem Zustandekommen der Ausstellung beteiligten Instanzen Dank und Anerkennung auszusprechen. Er erläuterte dann kurz Zweck und Ziele der Ausstellung, die dem gegenseitigen Kennenlernen der Sportbegeisterten und der Beförderung dienen, aber auch zum Nachdenken anregen soll angesichts der bedauerlichen Tatsache, daß kaum 3 Proz. unserer Bevölkerung regelmäßig Leibesübungen treiben. Turnen und Sport sollen mit ein Mittel sein, um unsere Jugend zu einem kräftigen, geistig und sittlich hochstehenden Geschlecht zu erziehen. Möge die Ausstellung die an sie geknüpften Erwartungen in vollem Maße erfüllen.

Darnach ergrieff

Staatspräsident Dr. Brüning

das Wort. An den kürzlichen Jahrmart für Jung und Alt zugunsten des Karlsruher Kinderkolonies in Donaueschingen erinnernd, führte er aus: Galt es damals, sein Scherflein beizutragen, um der kranken Jugend zu helfen, so gilt es heute, Verständnis zu gewinnen für die Bestrebungen, den gesunden Körper zu stärken und zu kräftigen, um dadurch Geist und Seele frisch zu erhalten und den Menschen zu energischem Wollen und Können, zu selbstbewußter entschlossener Tat zu befähigen. Dies ist um so notwendiger, als die Lebensverhältnisse mit der zunehmenden Mechanisierung und Typisierung im Wirtschaftsgetriebe den Menschen einseitig zu machen drohen und geeignet sind, erschaffend und zermürbend auf Körper, Geist und Seele zu wirken. Sie in Ihren Organisationsformen wollen in einheitlicher Zusammenarbeit dieser Gefahr zu begegnen suchen. Dafür ist Ihnen von Seiten der Allgemeinheit von ganzem Herzen zu danken. Im Hinblick darauf, daß erst 3 Prozent der deutschen Bevölkerung sich turnerisch und sportlich betätigen, kann von einer Ubertreibung der Dinge gewiß keine Rede sein. Die Leibesübungen sollen auch nicht Selbstzweck sein und nicht zu einem Beruf werden, sondern sie sind als ein Mittel zum Zwecke zu betrachten, um den Menschen in die Lage zu versetzen, die ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen, unsere große deutsche Aufgabe, die wir in zielbewußter Gemeinschaft erstreben und zu erreichen hoffen. In diesem Sinne ist es mir eine Ehre, die Ausstellung zu eröffnen. Sie diene zum Heil des Einzelnen wie der Familie, und darüber hinaus zum Wohle unseres Volkes.

Alsdann folgte ein Rundgang durch die Räume der städt. Ausstellungshalle. Es sind alle Sparten der körperlichen Erziehung gebührend vertreten. In Verbindung damit sehen wir auch Abteilungen für Wandern, Reisen und Verkehr. Auch die einschlägige Industrie hat ausgestellt. Alles in allem kann der Besuch der bis zum 10. Juli dauernden Ausstellung nur empfohlen werden.

Das englische Gewerkschaftsgesetz angenommen. Im englischen Unterhaus wurde am Freitag die Vorlage über die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes in dritter Lesung mit 354 gegen 130 Stimmen angenommen.

Mit der Beilage: Amtliche Gewinnliste der Badischen Zueandlotterie

Die Beamtenbesoldung

Im Haushaltsausschuss des Reichstags, der sich wie gemeldet, am Freitag mit der Besoldungsfrage beschäftigte, führte Reichsfinanzminister Dr. Kähler weiter aus:

In der Konferenz mit den Ländern seien von den Vertretern der Länder verschiedene Vorschläge über die Schaffung neuer Einnahmequellen gemacht worden; so sei von der Wiedererhöhung der Umsatzsteuer, von Zuschlägen zur Einkommensteuer usw. gesprochen worden. Er selbst müsse als Reichsfinanzminister erklären, es könne gar keine Rede davon sein, daß er auf der Grundlage des Etats von 1927 den Ländern irgendwelche weitere über die jetzige Gesetzgebung hinausgehenden Überweisungen zur Verfügung stellen könne. „Angeht die Situation“, so fuhr der Minister fort, „siehe ich keine Möglichkeit, im gegenwärtigen Augenblick den Ländern irgendwelche Aussicht zu machen, daß sie aus anderen Quellen Überweisungen vom Reich erhalten könnten. Ich habe die Vertreter der Länder gebeten, sie möchten ihre Situation hier dem Ausschuss selbst vortragen, um den ganzen Ernst der Lage zum Ausdruck zu bringen. Die finanzielle Situation einzelner Länder scheint tatsächlich zu Befürchtungen in einem Umfang Anlaß zu geben, den die Herren am Mittwoch in düsteren Farben schilderten. Die Finanzminister der Länder waren einmütig der Überzeugung, daß vor dem 1. Oktober es unmöglich sei, durchgreifend alle Besoldungsgruppen aufzubessern. Aus einem Lande sind Nachrichten gekommen, als ob man dort der Meinung sei, man könne die Erhöhung ab 1. Juli machen, aber es hat sich herausgestellt, daß auch dort die Regierung erklärt hat, die Mittel dafür bestimme sie nicht. Ich sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Beamtenbesoldung und einer durchgreifenden Beamtenbesoldungsreform, wie sie von mir beabsichtigt ist, nicht angängig ist, mit irgendwelchen Teil- oder Abschlagszahlungen vor dem 1. Oktober zu beginnen. Damit ist der Beamtenbesoldung nicht gebietet, daß man eine Reform in Aussicht nimmt mit einer Erhöhung von 6 oder 7 Prozent. Ich habe von einer Erhöhung gesprochen, die im Durchschnitt etwas mehr als 10 Prozent beträgt. Diese würde unter Hinzurechnung der Kriegsbeschädigten für den eigentlichen Reichsetat ohne Post und Eisenbahn eine Ausgabe von ungefähr 250 Millionen im Jahre verursachen. Ich möchte erneut bitten, daß Sie sich damit einverstanden erklären, daß vor dem 1. Oktober keinerlei, irgendwie geartete Abschlagszahlungen gemacht werden. Daß man Abschlagszahlungen vom 1. Oktober an auf der Grundlage des Entwurfs der Regierung regelt, ist eine Angelegenheit, über die man reden kann und hierüber wird auch wohl eine Verständigung möglich sein. Etwas anderes ist wegen der finanziellen Verhältnisse der Länder nicht möglich.“

In der Ansprache führte Abg. Dr. Ferk (Soz.) aus, die finanzielle Notlage des Reiches sei anzuerkennen, aber sie sei durch eine Finanzpolitik zugunsten der Besitzenden verschuldet worden und sie könne durch eine vernünftige Finanzpolitik gebessert werden. Die Beamten dürfe man aber nicht dafür büßen lassen. Ganz unannehmbar sei der von den Regierungsparteien gestellte Ermächtigungsantrag.

Bayerischer Gesandter Dr. v. Preger legt dann den Standpunkt Bayerns dar. Die bayerische Regierung hoffe, daß es nicht das letzte Wort des Reichsfinanzministers sein werde, daß das Reich keine Zuschüsse geben könne. Andernfalls müßten den Ländern neue Einnahmequellen eröffnet werden, sonst könne Bayern keine Aufbesserung der Gehälter vornehmen und müsse in eine ungesunde Finanzwirtschaft hineingeraten.

Ein Vertreter der preussischen Finanzverwaltung erklärte, auch Preußen halte eine Besoldungserhöhung für notwendig und werde hierin dem Reich vom 1. Oktober an folgen. Frühere Abschlagszahlungen seien finanziell nicht tragbar. Seit 1927 werde mit einem Fehlbetrag gerechnet. Es sei nicht abzusehen, wie es für 1928 werde.

Ähnliche Erklärungen gaben auch die Vertreter der anderen Länder ab. Der sächsische Landtag hat vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, evtl. eine Zwischenregelung vorzunehmen. Die Regierung ist diesem Beschluß beigetreten, aber unter der Bedingung, daß das Reich die Kosten hierfür trägt. Sachsen ist auch jetzt nicht imstande, aus eigenen Kräften die Mittel für eine Besoldungsaufbesserung aufzubringen.

Inzwischen war folgender Antrag der Regierungsparteien eingegangen:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Beamten tunlichst bald, spätestens aber am 1. Oktober und 1. November Abschlagszahlungen auf die Gehaltserhöhung zu bewilligen, falls die gesetzliche Regelung der neuen Besoldungsordnung bis dahin nicht erledigt sein sollte.“

Abg. Dietrich-Baden (Demokrat) hob hervor, daß die preussische Regierung nach ihrer Erklärung entschlossen sei, vom 1. Oktober an die Gehaltserhöhung zu machen und daß sie sich auch vertraue, mit den Kosten fertig zu werden. Die Vertreter der übrigen Länder ständen auf einem merkwürdig unparitätischen Standpunkt; sie wollten sich ihre Beamten vom Reich bezahlen lassen.

Abg. Dr. Gremer (D. Sp.) warf den Ländern vor, daß sie ihre Ausgaben noch nicht genügend eingeschränkt hätten, das gelte vor allem für Bayern. Die Länder hätten jedenfalls keine Berechtigung, vom Reich den vollen Ersatz aller Ausgaben für Besoldungserhöhung zu verlangen.

Dann machte Reichsfinanzminister Dr. Kähler noch weitere Ausführungen über die finanzielle Lage des Reiches. Wenn es jetzt gelinge, die Kosten für die Besoldungserhöhung aufzubringen, so geschähe das nicht nur auf Grund von Mehreinnahmen, sondern auch durch Einsparung von Ausgaben, die der Reichstag schon bewilligt habe, vor allem durch Ersparnisse bei übertragbaren Posten aus den Jahren 1926 und 1928. Diese und andere Posten würden jetzt gründlich nachgeprüft, damit man wenigstens für ein halbes Jahr die Mehrkosten für die Beamtenbesoldung herausbringe. Ähnliches gelte übrigens auch für den außerordentlichen Etat; mit der Anleiheermächtigung von 1 Milliarde Reichsmark könne ja praktisch nicht viel angefangen werden, weil die Ermächtigung kein Geld auf die Hand gebe. Der Betrag von 130 bis 140 Millionen Reichsmark, der für eine durchgreifende Besoldungsreform gebraucht werde, könne also wohl beschafft werden. Über das Ausmaß der Erhöhung könne heute noch nichts gesagt werden; eine Erhöhung von 7 bis 8 Proz. erscheine allerdings als zu niedrig. Er persönlich habe keine Bedenken, wenn der Reichstag sich entscheiden könnte, im September zusammenzutreten, um dann zu der Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Mitte September werde voraussichtlich der Entwurf der Regierung fertig sein, und wenn der Reichstag dann in der zweiten Hälfte dieses Monats zusammentreten wolle, so könne er das nur begrüßen. Die Differenzierung der Vorauszahlungen nach einzelnen Gruppen, wie sie der demokratische Ewentualantrag wünsche, sei nicht empfehlenswert. Die Finanzverwaltung werde in ihrer Vorlage vorschlagen, in welcher Weise vom 1. Oktober an Abschlagszahlungen geleistet werden sollen. Wenn der Reichstag im September noch nicht zusammentrete, dann müsse wohl der Antrag der Regierungsparteien verwirklicht werden, daß die Regierung, vielleucht wie die Sozialdemokratie verlangt, zusam-

men mit dem Überwachungsausschuss vom 10. Oktober an die Abschlagszahlungen festsetze. Der Ausschuss verlagte sich dann ohne Abstimmung auf Montag.

Die allgemeinen nationalen Aufgaben der Presse

Dr. Albert Mittel, Verleger der „Karlsruher Zeitung“, Mitglied des Vorstandes des V.D.P. und Ehrenvorsitzender süddeutscher Zeitungsverleger veröffentlicht in der aus Anlaß der in Dresden abgehaltenen diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erschienenen Festschrift des Verbandsorgans „Der Zeitungsverleger“ folgenden Aufsatz:

Gebeten, einige Worte über obiges Thema zu schreiben, muß ich mir selbst einmal wieder darüber Redenshaft geben, was ich mir unter den Worten „Allgemeine nationale Aufgaben der Presse“ vorstelle.

Solche Aufgaben umfassen ganz offenbar jene im weitesten Sinne des Wortes deutschen Angelegenheiten, die man im Gegensatz zu allem Nichtdeutschen als Kern und Inhalt der deutschen Kultur zu bezeichnen hat; dabei versteht ich unter „Kultur“ die Aukerung eines geläuterten, ganz bestimmt gerichteten und einzigartigen Lebensgefühls und auch Lebenswillens. So wenig sich meiner Meinung nach der einzelne Volksgenosse diesen nationalen Aufgaben entziehen kann, so zielbewußt und gewissenhaft wird die deutsche Presse, die Beherrscherin und Dienerin der öffentlichen Meinung, diesen ihr vorgezeichneten Weg zu gehen haben.

Als mächtigstes und feinstimmigstes Werkzeug der Beeinflussung der Menschen hat sie in erster Linie der Erkenntnis und Vertiefung jenes Lebenswillens, der zugleich Kulturglaube ist, zu dienen. Annähernd mag das in den Ohren besonders derer klingen, die der Zeitung (im alten Sinn des Wortes) den Charakter als bloße Nachrichtenvermittlung erhalten wissen wollen und den für den besten Zeitungsmann halten, der als technischer Nachrichtenübermittler Neuesteiten vollkommen korrekt (oder wie man sagt „wahr“) veröffentlicht, das heißt so, wie er sie aus den verschiedensten Quellen erhält, dem Leser allein das Recht und die Freiheit des Nachdenkens und damit der Kritik über die „Tatsachen“ überläßt.

In Wirklichkeit bedarf gerade dieser Vorfestoff bei seiner Schichtung und Verwendung allergrößter Aufmerksamkeit, kein Bearbeiter darf es unterlassen, sich Redenshaft über den Ursprung der Nachrichtenquelle zu geben.

Die meisten Menschen wissen ja oder sollten es wissen, daß ein weiter Weg zwischen einem Ereignis und seiner Übermittlung an die Zeitung liegt, nicht nur ein Weg, sondern in vielen Fällen ein Labyrinth oft bewußt eingebauter, schwer erkennbarer Seiten- und Fergänge. Die Kenntnis dieser Mängel zwingt, abgesehen von der schwerwiegenden Frage, wie weit die primäre Nachricht den Tatsachen entspricht, jeden sich seiner Verantwortung bewußten Nachrichtenbearbeiter, den Stoff kritisch zu sornern, das heißt: auszumergen, was falsch übermitteln erscheint, zu unterstreichen, was auf dem langen Weg undeutlich geworden ist; er wird zum Deuter der Nachrichten und damit der Ereignisse.

Ein Weiteres zwingt die Presse, vom „absoluten Wahrheitsweg“ abzuweichen: Es sind das die Bedingungen der Erhebungsform der Zeitung und der ihr zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel, die Größe des Zeitungsbetriebs, den Umfang des zur Verfügung stehenden Raumes in der Zeitung, die überlieferte oder gewöhnliche Art der Aufmachung. Auch sie verlangen eine Sichtung des Stoffes: Welche Nachrichten dürfe ich? Wie soll gefügt werden? Welches Material ist deutlicher zu fassen, zu forcieren, wenn es verstimmt oder fast unverständlich eingelaufen ist? Wie statte ich die Nachricht drucktechnisch aus? Steht mir genügend Zeit zur Verfügung zur gründlichen Durchsicht oder muß ich den Text gegen meinen Willen ohne Überarbeitung zum Druck geben?

So hat die redaktionelle Auslese und Kritik auch dem Zeitungslieser gegenüber einzusetzen, der von vornherein einer individuellen Bearbeitung entzogen sein sollte, wenn man sich auf den Standpunkt derer stellt, welche die Nachrichtenübermittlung als einzigen Zweck der Zeitung ansehen.

Die Zeitung verlangt also an der Herkellung des Zeitungsinhaltes Beteiligten. Die Grenzen der Betätigung dieser eigenen Erkenntnis liegen zuvörderst in den Erfordernissen der Zeitung selbst, das heißt in deren durch Geschichte und Tradition gegebenen oder durch den Willen der Herausgeber beeinflussten Zielrichtung, dann aber nicht minder bestimmend in dem Verhältnis zum Leser, ohne den die beste Zeitung ihren Zweck verfehlt. Diese Art der Wechselbeziehungen erhält entscheidenden Charakter durch die stärkere oder schwächere Verbundenheit des Lesers mit der Zeitung.

Im Ausland kennt man in verhältnismäßig seltenen Fällen den Dauerbezieher. Infolge des dort üblichen Einzelverkaufs hat es der Verleger gewissermaßen jeden Tag mit neuen und infolgedessen ihm unbekanntem Lesern zu tun. Seine Existenz ist also abhängig von täglich sich in ihrer Zusammenfassung nach Zahl und Art ändernden Konsumentenkreisen. Jede Zeitungsnnummer muß für sich werden, äußere leicht in die Augen fallende Merkmale, die Aufmerksamkeit, werden zur Lebensbedingung des Blattes. Ein Artikel überschreitet den anderen, rajchste und sensationellste Berichterstattung sichern den Absatz.

In Deutschland überwiegt bei weitem die Einrichtung des Abonnements. Der Dauerbezieher ist dem Einfluß der Zeitung um so stärker ausgesetzt, als er, besonders seit der in Deutschland eingetretenen Verarmung, fast allein und ausschließlich aus ihr seine geistige Nahrung zieht und ihrem Einfluß ziemlich hemmungslos ausgeliefert ist.

Aber seine Ansprüche sind auf der anderen Seite mannigfacher Natur, er sucht in seinem Blatt alles, seine Meinung, sein Wesen, seine Lebensauffassung, dabei steht er unter demselben Druck des beschleunigten Lebensrhythmus wie jeder andere Leser und ist infolgedessen von demselben Verlangen nach Sensation und pridelnder Darstellung erfüllt.

Unter dem Druck dieser vielfachen Wechselbeziehungen nicht selten zu folgenreichen Entscheidungen in kürzester Zeit gezwungen, vermag der Zeitungsmann nicht ohne weiteres die Klippen, die ihm von allen Seiten drohen, zu umschiffen. Gewissenkonflikte werden nicht ausbleiben, je gewissenhafter bei der Zusammenstellung des Inhaltes der Zeitung verfahren wird. Mißgriffe nach außen und innen sind unvermeidlich. Darunter leiden die Wäiter aller Richtungen. Die Diagonalen der in Betracht kommenden Auffassungen sind zu suchen, ohne Kompromisse geht es nicht ab. Sinegen muß in einem unser Wille unbeeugsam bleiben: in

der Hingabe an die nationalen Aufgaben der Presse. Jener Glaube an die deutsche Kultur gibt die Grundstimmung für unser publizistisches Tun und Lassen; die nationale Klangfarbe darf keiner deutschen Zeitung fehlen. Unaufrichtig wird sie sich dem Volke mitteilen, von ihm aufgenommen und nach und nach in harmonischem Akkord nach außen dringen.

Engländer, Franzosen, Amerikaner, wie sind sie vor uns bevorzugt! Seit langen Jahren leben sie in dieser Harmonie. In jedem Einzelnen von ihnen birrt diese Saite, bis in die Fingerspitzen fühlen sie diesen nationalen Lebensstrom. Sie fühlen und handeln danach!

Unser seit Jahrhunderten gequältes und in Parteien zerstücktes Volk suchte man zwar jederzeit zum nationalen Denken zu erziehen, ihm Patriotismus beizubringen, wie etwa Rechnen und Schreiben, aber Herz und Gemüt hatten nur selten daran Anteil. Der furchtbare Zusammenbruch hat das Wenige vernichtet oder verdrängt, was Zeiten größter nationaler Not autage gefördert hatten.

Aus der Presse zieht das verarmte Volk seine geistige Nahrung, aus ihr muß es neue Lebenskraft empfangen. Sie wird das deutsche Volk mit dem deutschen Geist erfüllen, ihm in täglicher mühevoller Arbeit den deutschen Kulturgehalt näher bringen.

Die Presse ist so Mahner, Berater und Führer. Welch ungeheure Verantwortung lastet dadurch auf uns! Allein unser vaterländisches Gewissen kann uns dabei leiten. Es begrenzt unsere Bewegungsfreiheit und erweitert unseren Pflichtkreis ins Unendliche.

Es gibt keinen Raum in der Zeitung, der nicht dem deutschen Kulturgedanken dienen könnte. Politik und Sport, Volkswirtschaft und Feuilleton, redaktioneller und Angeigentheil müssen mit nationalem Geist durchtränkt sein!

Das soll nicht etwa eine Abwehr bedeuten von allem Trefflichen, Starren und Schönen, das uns die anderen Kulturen geben können; der Deutsche ist aber zu leicht geneigt, das Fremde zu überschätzen, für nützlich anzusehen, was nur Bölkern frommt, die unter wesentlich anderen Daseinsbedingungen zu leben gezwungen sind wie er.

Wir dürfen also nicht alles willkommen heißen, was etwa temperamentvollen, heißblütigeren Nationen Lebensbedürfnis ist: lärmende und übertriebene Gesühlsäußerungen. Sucht nach Reklame in jeder Gestalt, Freude an sich stets verändernden Eindrücken.

Kritische Einstellung gegenüber diesem völlig Neuen und Bescheldenden, gesundes Mißtrauen auch der Presse jener Länder gegenüber tut not. Abwehr gegen die sich überstürzenden Moden in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Anzeigen und Nahrung, in politischen, philosophischen und anderen Schritten! Die Ablehnung dieses uns Wesensfremden darf natürlich die Erschließung und Verstärkung unserer eigenen nationalen Lebensquellen nicht verhindern.

Die meisten Zeitungsherausgeber und ihre Mitarbeiter, mögen sie politische Parteien, religiöse, wirtschaftliche Kulturgesellschaften oder Einzelpersonen sein, verschließen sich diesen Notwendigkeiten nicht. Gar zu oft geht jedoch unter dem Zwang zu starker Betonung dieser jeweiligen Sonderinteressen der Eindruck eines einheitlichen Volkswillens verloren.

Die deutsche Presse wird also bewußt das Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken haben und folgerichtig die ihr notwendig erscheinenden Fehden in ritterlicher Art ausfechten. Die Achtung vor dem guten Glauben der anderen zwingt uns, Angriffe persönlicher Art möglichst einzuschränken, in dem Bewußtsein, daß wir alle Kampfgesossen in der deutschen Front sind.

Mit größter Zurückhaltung sind unabwiesbare Polemiken zu führen, nicht minder taftvoll sollten die notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Auslande vor sich gehen: suaviter in modo, fortiter in re.

Über allem aber muß das Bekenntnis zum deutschen Staatsgedanken unter Handeln maßgebend beeinflussen. Bei der auch den staatlichen Einrichtungen und deren Vertretern gegenüber notwendigen Kritik darf niemals vergessen werden, daß sie da, wo sie über das erträgliche Maß hinausgeht, uns in unseren eigenen Augen und denen des Auslandes herabzusetzen geeignet ist.

Preußen und das Sperrgesetz. Einer Korrespondenzmeldung zufolge beabsichtigt die preussische Staatsregierung über eine Verlängerung des Sperrgesetzes hinaus eine materielle Regelung der Abfindung der Ständeherrn. Für den Fall, daß das Sperrgesetz nicht verlängert werden sollte, wird Preußen im Reichsrat sofort diese materielle Regelung beantragen und eine Abfindung der Ständeherrn auf der Grundlage des Gesetzes über Auslegung öffentlicher Anleihen in Vorschlag bringen.

Kurze Nachrichten

Die Vorlage über Zollserhöhungen. Die Reichsregierung hat nunmehr im Reichsrat eine Vorlage über Zollserhöhungen eingebracht. Es handelt sich um die Vorlage, worin die Verlängerung der Zolltarifnovelle von 1925 und die Erhöhung des Zuder-, Karottel- und Schweinefleischzolls, entsprechend dem letzten Kabinetsbeschlusse ausgesprochen werden.

Wesentliche Änderungen der Krankenversicherung. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschloß auf Antrag der Regierungsparteien, die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung auf 3000 RM zu erhöhen. Erschlossen sind auf Antrag wirtschaftlicher Arbeitnehmerverbände die mindestens 10 000 Mitglieder zählen, auszulassen.

Die neue südafrikanische Flagge. Das südafrikanische Parlament hat nun in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Schaffung einer neuen Flagge für Südafrika angenommen. Es handelt sich um den Entwurf, bei dem die früheren Flaggen der südafrikanischen Republiken mit der britischen Nationalflagge vereinigt werden.

Der Kommandant in Indochina. Wie das Pariser „Journal“ berichtet, ist dem Gouverneur von Indochina ein Spezialbeamter der französischen Sicherheit zur Verfügung gestellt worden, der die Leitung des Kampfes gegen die Kommunisten in Indochina übernimmt.

Verschiedenes

Ein Dornierflugboot für den Ozeanflug

Wie der „Schwäbische Kurier“ erfährt, hat sich Hauptmann Courtney in Begleitung seiner Gattin von London nach Friedrichshafen begeben, um das Dornierflugboot zu übernehmen, mit dem er den Flug über den Atlantischen Ozean und zurück unternehmen will.



Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4855/56

Großhandel

Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts

397

Kleinhandel

Die Aussenpolitik im Reichstag

Der Reichstag beendete am Freitag die ausserpolitische Debatte, indem er das von den Kommunisten während der Sitzung eingebrachte Misstrauensvotum gegen die Stimmen der Kommunisten und Volksrechtler ablehnte. Ferner überwies der Reichstag ohne Aussprache den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag betr. Verlängerung des Fürstentumsvertrages an den Reichsausschuss.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 24. Juni.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Die Aussprache über die auswärtige Politik

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.) gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß für die gegenwärtige auswärtige Politik eine so starke Mehrheit im Reichstag vorhanden sei. Es muß erreicht werden, daß möglichst das ganze deutsche Volk sich hinter diese Außenpolitik stellt. Es ist gar nicht möglich, heute eine andere Politik zu machen. Für uns war die Erklärung Stresemanns eine große Veruhigung, daß sich die Beziehungen zwischen England und Rußland nicht mehr verschlechtern werden. Für uns ist der Völkerbund die Grundlage der ganzen auswärtigen Politik. Wir müssen noch einmal an die Weltöffentlichkeit appellieren, um die große Aufgabe der Abrüstung endlich einen Schritt weiterzubringen. Das stärkste Hindernis ist die vielleicht unbegründete Furcht vor Rußland. Die Reichsregierung sollte deshalb der Sonjettregierung den freundschaftlichen Rat geben, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und auch in den Völkerbund einzutreten. Wir müssen in der Kolonialmandatskommission mitarbeiten, weil wir ein Interesse an der Stärkung des Völkerbundes haben. Die Rheinlandsbefestigung ist nach allem, was geschehen ist, eine Unmöglichkeit.

Inzwischen ist ein Misstrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsaussenminister eingegangen.

Abg. Dr. Bredt (Wirt. Vgg.): Wir stehen an einem Wendepunkt in der Außenpolitik. Wir haben die großen Hoffnungen nie in dem Umfang geteilt. Die Räumung des Ruhrgebietes haben wir erlaubt mit der Annahme des Dawesplanes, die der ersten Zone mit dem Locarnovertrag. Wir fürchten, daß auch die Räumung der 2. Zone gescheitert werden soll, und lehnen alle solche Verhandlungen ab. Bisher ist der Völkerbund kaum ein Staatenbund, sondern höchstens ein Bund der Regierungen. Wir müssen versuchen, einen wirklichen Bund der Völker zu schaffen, der den Deutschen ihr Recht in der Welt verschafft.

Abg. Graf Reventlow (Nat. Soz.) bezeichnet das Ergebnis der Genfer Verhandlungen als eine vollständige Niederlage Deutschlands. Dr. Stresemann werde schon verschämt um die Gunst Rotcarés. Stresemann und Briand seien beide Brüder des Großorientes. Das sei Landesverrat. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Frau Golle (Nuth Fischer Komm.) führt aus, der latente Kriegszustand zwischen Rußland und England sei unvertrennbar. Die Deutschenationalen wollen im Bunde mit den kapitalistischen Völkerbundsmächten den Entscheidungskampf gegen das Proletariat und seine russische Vormacht führen.

Abg. v. Grüne (Völk.) nennt es bezeichnend, daß die Deutschenationalen sich nicht durch einen eigenen Redner an der Debatte beteiligen. Dr. Stresemann habe in Genf alle Trümmer verspielt, die er in der Hand hatte.

Abg. Dr. Krosch (Komm.) richtet Angriffe gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Verurteilungen der Hinrichtungen in Moskau. Das sei ein berechtigter Notwehrakt Rußlands.

Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag gegen den Eintritt Deutschlands in die Kolonialmandatskommission wird abgelehnt.

Das kommunistische Misstrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Volksrechtler bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der demokratisch-sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung des Sperregesetzes zur Fürstenabfindung wird ohne Debatte dem Reichsausschuss überwiesen.

Am 17½ Uhr verläßt das Haus auf Montag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Kriegsgesetz und kleinere Vorlagen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Kehl, 24. Juni. Der Schriftleiter der „Kehler Zeitung“, August Reinhardt, kann heute auf eine 25 jährige Tätigkeit als Journalist zurückblicken.

DJ. Heidelberg, 24. Juni. Am 7. Juli wird hier im großen Saale der Stadthalle eine republikanische Kundgebung stattfinden, die den Charakter einer Gedenkfeier für Rathenau, Ebert und Erzberger tragen soll. Es werden sprechen der frühere preussische Innenminister Dr. Severing für die Sozialdemokraten, der Reichstagsabg. Dr. L. Daas für die demokratische Partei und der Vorsitzende, der deutschen Windhorstbünde, Dr. Krone, für das Zentrum.

Karlsruher Konzerte

Wie noch in jedem Jahr bilden auch heuer die sogenannten Prüfungskonzerte das offizielle Ende der Saison. An der Spitze marschiert abermals das badische Konservatorium für Musik. Es wartet mit einem sehr sorgfältig zusammengestellten, wenn auch vielleicht zu umfangreichen Programm auf. 17 Veranstaltungen der Ausbildungsklassen, zu denen noch sechs weitere Abende der Vorbereitungs- und Mittelstufe kommen, scheinen denn doch ein bisschen viel und entsprechen wohl auch kaum den musikalischen Absichten, die solchen Konzerten eigentlich in erster Linie zugrundeliegen sollen. Gewiß, man verteidigt sehr gut, daß im freudigen Werden stehende Schüler bei dieser Gelegenheit hervortreten wollen. Aber es gibt immerhin auch einen Maßstab der Auslese, und ganz unnötig ist es, wenn nun dieselben Kräfte sogar mehrmals sich produzieren.

Man hörte bisher zwei Romantiker-Abende und zwei klassische Konzerte, von denen das eine ausschließlich Beethoven gewidmet war. Im letzteren waren einzelne der jungen Leute außerdem vor so überreiche und überernte Aufgaben gestellt, an denen sich selbst vollendete Künstler noch die Zähne ausbeissen. Kein Wunder, daß man folglich sich stärker über den Beethovenenthusiasmus, den sie insgesamt aufbrachten, als über wirkliche technische und geistige Ausgeglichenheit zu freuen hatte. Fruchtbarer verlief der andere klassische Abend, bei dem man das Schülerhafte der Ausführung um so bereitwilliger in Kauf nahm, weil es sich teilweise an gängiger unkenntlicher und deshalb von vornherein nicht so gefährlicher Literatur dokumentierte. An den beiden Romantiker-Veranstaltungen erlebte man dagegen manch schönen Genuß; entgegen der sonst beobachteten Gewohnheit, bei solchem Anlaß keine Namen zu nennen, muß doch Franz Sülze z. B. der die Variations sérieuses von Mendelssohn überraschend gut

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Gesetzentwurf über die Regelung der Beamtenbezüge

In dem nun eingegangenen Gesetzentwurf über die Regelung der Beamtenbezüge wird die Regierung ermächtigt, den schon vor dem 1. April 1920 planmäßig angestellten Beamten, die heute in ihren Bezügen noch zurückstehen, einen Ausgleich durch eine persönliche Zulage ab 1. April d. J. zu gewähren. Es handelt sich um rund 100 Beamte. Die Ermächtigung gilt entsprechend auch für die Altkaufmannsbeamten und Beamtenhinterbliebenen, rund 600 an der Zahl.

Nach Artikel 2 sollen die planmäßigen badischen Beamten der Besoldungsgruppen I—VI vom 1. Oktober 1927 an zu ihren derzeitigen Bezügen einen Zuschlag in Höhe von 10 % des Grundgehalts erhalten und diese Erhöhung auch den zurzugehörigen Beamten und den Beamtenhinterbliebenen derselben Besoldungsgruppen zukommen. In Übereinstimmung mit den Regierungen der Länder und des Reiches hat man sich entschlossen, die grundsätzliche Frage der Entlohnung der außerplanmäßigen Beamten erst im Zusammenhang mit der kommenden Besoldungsreform zu behandeln.

Das vorliegende Gesetz ist als Übergangsgesetz gedacht. In dem Maße, als die Bezüge eines Beamten durch laufende Zulagen, durch allgemeine Erhöhung der Beamtenbezüge, durch Beförderung usw. sich heben, sollen die persönlichen Zulagen aus Artikel 1 dieses Gesetzes abgebaut werden. Auch die Zuschläge zu den Grundgehältern der Besoldungsgruppen I—VI sollen, da über den Umfang der kommenden Besoldungsreform noch nichts feststeht, nur solange gewährt werden, bis diese Reform erfolgt. Der Aufwand für die gesamte Regelung ist auf 1.150.000 RM berechnet worden.

Gemeinde-Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuss begann am Donnerstag

mit der Generaldebatte über den Haushaltsplan 1927/28, dessen Abschlussfassen nebst den Vorschlägen des Stadtrates zur Minderung des Defizits bereits mitgeteilt wurden. Eine einleitende Rede durch den Oberbürgermeister ist diesmal unterblieben. Die Verhandlungen bewegten sich in ruhigen Bahnen obgleich von einzelnen Rednern der Ernst der wirtschaftlich-finanziellen Lage hervorgehoben und Vorschläge zur Verringerung nach verschiedenen Richtungen unterbreitet wurden. Gegen 8 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Freitag nachmittag, verlagert.

Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden des Stadtverordneten-Vorstandes, Rothweiler, geht hervor, daß die Aufstellung des Haushaltsplanes ein sehr schwieriges Stück Arbeit war. Der Voranschlag sei so knapp, daß viele Arbeiten auch in diesem Jahre zurückgestellt werden mußten. Allzu große Sparmaßnahmen habe auch seine Schattenseiten, da die Stadt die Nährmutter der Wirtschaft sei. Es sei allerdings zweifelhaft, ob man ohne einen Umlage-Nachtrag herumkomme. Erfolgreich seien die guten Ergebnisse unserer verbenden Werke, die eine Entlastung der Stadt bedeute. Man sollte aber trotzdem an eine Verabfassung der Gas-, Wasser- und Strompreise denken.

Es sprachen sodann die Redner der verschiedenen Parteien. Der Redner der Wirtschaftl. Vereinigung, Kautz, wendete sich u. a. gegen die hohen Mieten in städtischen Häusern. Dr. Engler verlangte für die Sozialdemokraten eine gesunde städtische Politik. Der Schulbedienst. erfordere heute schon die Summe von 2.897.000 RM. Man könne bald wieder auf den Schuldenstand in der Friedenszeit. Wenn man die Umlage ansehe, so könne man sagen, daß der unbebaute Grundbesitz etwas hoch belastet sei. Seine Partei stelle den Antrag, den bebauten Grundbesitz ebenfalls mit 80 Prozent zu belasten. Das ergebe eine Mehreinnahme von circa 400.000 RM. Von dieser Summe sollen 300.000 RM dem Erneuerungsfond zugeführt werden. Zu wünschen wäre eine Anhebung in der Tarifpolitik im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesen. Auch elektrischer Strom müßte für gewisse Zwecke und zu gewissen Zeiten billiger abgegeben werden. Dazu sei notwendig, daß man der Stadt das gebe, was sie zum Leben brauchte. — Stadtverordneter Wild, der Sprecher der Zentrumsfraction, führte aus, daß die Vesteuerung des Ertrags eine Doppelbesteuerung der Betriebe darstelle. Aber es befehle so viele Läden zum Durchschlüpfen, während bei der Besteuerung der Festbesoldeten dies unmöglich sei. Die Zentrumsfraction habe das Vertrauen, daß die Finanzgebarung der Stadt gut sei. Seine Partei stimme auch der vorgeschlagenen Biersteuer zu. Besondere Anerkennung widmete der Redner den städtischen Werken. In der Preisgestaltung der Monopolbetriebe, müsse aber Rücksicht genommen werden auf die Belastung der Bevölkerung. Die Sparlaste müsse wieder mehr als Anreiz eingerichtet werden, die der Allgemeinheit dienen solle und nicht allein Erwerbsinstitut sei. — Stadtverordneter Kehler (Demokr.) warnte wie einige seiner Vorredner, bringend vor einer zu starken Anwendung der Anlehenpolitik. Notwendig sei die Befreiung von Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose. Man müsse aber darauf sehen, auch wirtschaftliche Unternehmen zu schaffen. Das Theater bringe leider wieder ein großes Defizit. Aber man müsse eben die Aufwendungen machen, wenn man ein solches Institut halten wolle. — Stadt. Bauer

(Deutsche Volksp.) wies auf die Schwächung des Mittelstandes hin aus dem früher so viel wertvolle Kräfte in Staat und Gemeinde hervorgegangen sind. Für den Grundbesitz und für die Großindustrie trete keine wesentliche Mehrbelastung ein, wohl aus der Erkenntnis, daß die Belastung schon die Höchstgrenze darstellt. Soweit aus dem Voranschlag festzustellen sei, werde das Gewerbe gegenüber früher mit rund 900.000 RM einschließlich der Nachzahlung von 419.000 RM vom Jahre 1926 mehr belastet. Seine Freunde hätten deshalb beantragt, daß 500.000 RM auf anderem Wege beschafft werden sollen nämlich durch Anleihen. Zuschüsse, wie sie das Landestheater fordere, könne man auf die Dauer nicht tragen.

Am Freitag wurde die Generaldebatte geschlossen. Nach Ausführungen des früheren Oberbürgermeisters Siegrist (Aufwertungspartei) und des Kommunisten Bauer sprach Oberbürgermeister Dr. Pinter, der in temperamentvollen Worten sich gegen verschiedene Angriffe der Opposition wendete. Er erklärte, wenig erfreut über das Kompromiß beim Zustandekommen des Haushaltsplans zu sein. In nächster Zeit werden dem Bürgerausschuss Vorlagen zugehen über den Wohnungsbau, über die Regelung der Verkehrsverhältnisse, über die Gestaltung der Tarife, über den Bau einer Handelschule u. a. Hier werde Gelegenheit sein, über die einzelnen Positionen zu reden. Die Feststellung des Stadtv. Siegrist über eine Auflösung des städtischen Beamtenkörpers seien zu berücksichtigen. Die Steigerung gegen 1914 betrage lediglich 67 Prozent, also ein Satz, der gegenüber anderen Städten nieder sei. Man dürfe nicht vergessen, daß die Aufgaben der Stadt ganz bedeutend gewachsen seien. Die Stadtverwaltung habe immer gespart. Aber durch zu starkes Sparen leide die Entwicklung der Stadt, für die er verantwortlich sei. Die von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagene Anlehenpolitik könne er nicht billigen. Man dürfe nicht vergessen, daß das Geld schwer zu haben sei und viel Zinsen koste. Man könne nicht alle Lasten späteren Generationen zuschieben. Die Ertragsteuer sei gerechter als die bisherige Betriebssteuer. Der Voranschlag bleibe weit hinter dem zurück, was man im Interesse einer guten Entwicklung der Stadt hätte einstellen müssen. Auch er habe sich den gegebenen Verhältnissen gefügt.

Zu der Einzelberatung wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei der Betrag von 10.000 RM für Theaterplätze der Bürgermeister und Stadträte mit 30 gegen 27 Stimmen gestrichen.

Ar. 19 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministers des Innern: Wortlaut des Jagdgesetzes.

Aus der Landeshauptstadt

Der Groß-Ettlingens an Karlsruhe. Die alte Jubiläumstadt Ettlingen grüßt heute durch einen Herold und 3 Panfarenbläser, die hoch zu Ross zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags durch die Straßen von Karlsruhe ziehen, die badische Landeshauptstadt. Die Direktion der Altbahn legt anläßlich der Jubiläumfeierlichkeiten der Stadt Ettlingen einen Sonderzug ein, der um 1 Uhr nachts vom Holzhof nach Karlsruhe fährt.

Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927. Auf dem großen Platz vor der Ausstellungshalle werden auf dem eigens für diesen Zweck errichteten Podium gymnastische und rhytmische Vorführungen gemacht. U. a. haben sich schon die Gymnastikschulen Silber und Klein für diese Vorführungen zur Verfügung gestellt.

Sommeropere im Konzerthaus. Das von seinem Gastspiel im Sommer 1925 her bekannte Wiener Operetten-Ensemble, Leitung Ja. Brantner, eröffnet seine diesjährige Spielzeit am Freitag, den 1. Juli im Konzerthaus mit der großen Ausstattungsoperette „Der Erlow“ von Bruno Granichsleben. Neben sorgfältig ausgewählten, zum Teil hier schon bekannten Solisten wurde auch der Zusammenstellung des Orchesters und des Langhorns größte Aufmerksamkeit gewidmet. Der Spielplan bringt unter 12 Werken 7 Neuheiten, die sämtlich kostümlich und dekorativ vollständig neu ausgestattet wurden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluss von Nordwesten der im Norden vorübergehenden Tiefdruckgebiete wird das veränderliche Wetter voraussichtlich noch anhalten. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: Anhalten des veränderlichen Witterungscharakters bei westlichen Winden, zeitweise wolkig mit Aufhellungen, streichweise Regen, Temperatur unverändert.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße 111, Telefon 3111
Prinz Louis Ferdinand

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators durch den Kennverein Achern.

Dem Kennverein Achern in Achern ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 17. Juli d. J. in Achern stattfindenden Pferderennen erteilt worden. Karlsruhe, den 22. Juni 1927.

Der Minister des Innern
J. A.: Scheffeldmeier

Errichtung einer Abgabestelle für Immunsorum gegen Virus Schweinepest. Beim Tierhygienischen Institut in Freiburg i. Br. ist eine Niederlage des von den Wehringwerken A. G. in Marburg a. d. L. hergestellten Immunsorums gegen Virus Schweinepest errichtet worden. Das Serum wird vom Institut auf Bestellung an die Impfstoffärzte abgegeben. Der Versand erfolgt gegen Nachnahme des Abgabepreises.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Berlekt:

Verwaltungsobersinspektor Rudolf Dreier beim Ministerium des Innern zum Oberverwaltungsamt Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Privatdozent Dr. Josef Schacht zum planmäßigen außerordentlichen Professor für orientalische Philologie an der Universität Freiburg, Hauptlehrer Julius Picht an der Volksschule Karlsruhe, zur Zeit Landesturnanstalt, zum Turnlehrer am Gymnasium in Karlsruhe.

Die **Wiener Operette** beginnt am **1. Juli** ihr Gastspiel im **Konzerthaus** mit dem großen Ausstattungsschlager **Der ORLOW**

Vollständig neue Dekorationen und Kostüme
Tanzgirls * Jazzband auf der Bühne

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße,
Zigarrenhaus Brunnert, Kaiser-Allee 29,
Holzschuh, Werderstraße 48,
Konzerthauskasse und telephonisch unter
Rufnummer 7260. (3.506)

Pferderennen

des **Karlsruher Rennvereins**

Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 2.30 Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Röppurr (Haltestelle der Albtalbahn)
Öffentlicher Totalisator auf dem 1. und 2. Platz
7 Rennen, darunter 2 Offiziersrennen, 1 Trabfahren.
Tageskasse: 5.—, 4.—, 3.— und 2.—, abgesperrte Wege 50 Pf. Vorverkauf: 4.50, 3.50, 2.50, 1.60 Mk im Zigarngeschäft Meyle am Markt und Mülhburger Tor, sowie Zigarngeschäft Töpfer, Kriegstr. 3a.
Am Rennplatz halten folgende Züge der Albtalbahn:
ab Karlsruhe: 14⁰⁰, 14¹⁵, 15⁰⁰ Uhr
ab Ettlingen Holzhof: 13³⁰ (ab Herrenalb 12³⁰), 14⁰⁰, 14¹⁵, 15⁰⁰
Nach Bedarf halten bei und nach Schluß der Rennen mehrere Züge in beiden Richtungen.
Auto-Omnibusverkehr vom Marktplatz und der Post zum Rennplatz.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus.

Samstag, den 25. Juni 1927, nachmittags 5 Uhr und abends 8.15 Uhr.
Sonntag, den 26. Juni 1927, nur 4 Uhr nachmittags.
Letzte Vorführungen vor der Sommerpause.
Erstaufführung:

Das Paradies Europas!

Vom Schweizerland und seinen Bergen.
Unter Mitwirkung von: **Charl. W. Kaiser, Willy Kaiser-Heyl, Dora Bergner, Mary Parker, Otto Gebühr, Herm. Löffler und Otto Kronburger** in historischen Begebenheiten.
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße. — Preise wie üblich.

Straßensperre.

Die Landstraße Nr. 13, Karlsruhe—Stuttgart, wird auf der Strecke von km 3,100 bis 4,582 d. i. zwischen Karlsruhe und Durlach, zwecks Herstellung einer Dauerbede vom 27. d. Mts. an bis auf weiteres für Fußwerkzeuge aller Art gesperrt.
R. 955
Umgehungsveg: von Karlsruhe über die Wolfartsweierer-Straße nach Aue und Durlach sowie umgekehrt. Zuvörderst werden gemäß § 121 Pol. Str. G. B. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 24. Juni 1927. D. 3. 81
Bezirksamt — Polizeidirektion. —

Ablösung der Markanleihen der Stadt Offenburg betr.

1. Verabfolgung des Kleinbistges.
Den Altbesitzern von Inhaberanleihen der Stadt Offenburg, deren Stücke insgesamt einen Goldwert von **weniger als 500 M.** darstellen, wird ohne Nachweis der Bedürftigkeit auf Antrag ein Ablösungsbetrag von 10 d. S. des Goldwertes der Schulüberreibungen gewährt.
Der Antrag ist unter genauer Angabe des Namens, Standes und der Wohnung, gegebenenfalls auch des Bankkontos und unter Beifügung der Kanten, Zinscheinbogen einschl. Erneuerungsscheine und des Abbestellungsverweises binnen 3 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beim **Rechnungsamt der Stadt Offenburg** einzureichen. Die Überweisung des Gegenwertes erfolgt kostenlos durch die Stadtkasse.
2. Verabfolgung der Spitzenbeträge.
Altbesitzersprüche für Spitzenbeträge, die reichsgeldlich beim Umtausch in Ablösungsanleihe ausfallen, weil ihr Goldwert nicht durch 500 Reichsmark, werden mit 10 d. S. des Goldwertes abgelöst. Ein besonderer Antrag hierfür ist nicht erforderlich; vielmehr erfolgt die Auszahlung der Ablösungsbeträge ohne weiteres nach Aushängung der Stücke der Ablösungsanleihe und der Auslosungsrechte.
Offenburg, den 21. Juni 1927.
Der Oberbürgermeister.

Ratsdiener-Stelle.

Bei der **Stadtgemeinde Gengenbach** ist die **Ratsdiener-Stelle** zu vergeben. Mit der Stelle ist auch Polizeidienst mit verbunden. Bezahlung erfolgt nach Gruppe 3 der badischen Besoldungsordnung.
Schriftliche Gesuche mit Lebenslauf sind unter Anschluß von Zeugnissen bis längstens **10. Juli 1927** beim **Gemeinderat Gengenbach** einzureichen.
Gengenbach, den 23. Juni 1927.
Der Gemeinderat:
Rad.

Eines der großen deutschen **Kad- und Farbenwerke** wünscht in **Karlsruhe** ein Auslieferungslager seiner Erzeugnisse zu errichten und sucht zu diesem Zwecke einen bei der Verbraucherkundschaft bestens eingeführten

VERTRETER
mit Telefon und Lager. Es kommt nur eine allererste Kraft in Frage, welche die den großen Malerfirmen bestens eingeführt ist und hier gute Umsätze nachweisen kann. Febl. Angebote unter **G. 502** an die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Korbmöbel
Morcedas' ab
Fabrik an jedem.
Günstige Preise,
bequemste Teilzahlung.
Vert. Sie Katalog.
Korbmöbelwerk „Morcedas“
Lorch (Württemberg)

Die **Wettungs-erneuerungsarbeiten** zwischen den Bahnhöfen **Sattingen—Talmühle** werden öffentlich vergeben. Zeichnungen und Bedingungen liegen hier zur Einsichtnahme auf. Angebote, gegen Vergütung der Stellungslosten hier erhältlich, sind mit Anschrift „Wettungs-erneuerungsarbeiten“ hierher bis **4. Juli 1927, vorm. 11 Uhr** einzureichen. R. 959
Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Bittlingen, 24. Juni 1927.
Vorstand des Reichsbahnamts.

Grab-, Beton- u. Maurerarbeiten, Granit- und Grüne Sandsteinarbeiten, Trägerlieferung, Schmiede, Zimmer-, Hoch- und Schieferdeckerarbeiten zur Erstellung eines stillen Anbaues an das Aufnahmegeräude in Karlsruhe öffentlich zu vergeben.
R. 926.
Pläne, Bedingungen auf der Hochbahnhauptmeisterei Karlsruhe I, Eisenbahnstraße 2, Zimmer 32; dort werden Angebotsborbdrude zum Selbstkostenpreis abgegeben, und zwar: Grab-, Beton- und Maurerarbeit zu 1,20 M., Granitarbeit zu 0,50 M., Grüne Sandsteinarbeit zu 0,50 M., Trägerlieferung zu 0,50 M., Schmiedearbeit zu 0,50 M., Zimmerarbeit zu 0,75 M., Hoch- und Schieferdeckerarbeit zu 0,80 M. Nach Auswärts findet Versand gegen vorherige Einsendung des Betrages einschließlich Porto, nicht in Briefmarken, oder durch Nachnahme statt. Angebote verschlossen, postfrei mit der Aufschrift „Öffentlicher Anbau an das Aufnahmegeräude Karlsruhe“ bis **7. Juli 1927, vorm. 9 Uhr**, an die unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Reichsbahn-Bauamt
Karlsruhe I.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für **Mündelvermögen.** (3.683)

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe hat auf Grund des Gesetzes vom 23. Juni 1900 über das Genehmigungsverfahren bei Eisenbahnanlagen und des § 29 des Straßengesetzes vom 14. Juni 1884 um die Genehmigung zum Bau und zum Betrieb einer normalspurigen Straßenbahn nach Darlanden nachgesucht.
Die Linie beginnt mit einer doppelten Linksabzweigung nebst Ausweiche in der Rheinstraße und durchzieht zunächst die später auszubauende Bogensstraße auf eigenem Bahnkörper. Von hier ab überkreuzt sie mittels einer Überführungsstampe die bestehenden Staatsbahngleise Karlsruhe—Graben, Karlsruhe—Wagau und die Gütergleise Rheinhafen sowie die nebenliegende Hardtstraße. Dann zieht sie neben der Bogensstraße auf eigenem Bahnkörper weiter. Die Linie biegt dann in einer Rechtskurve, der Darlander Straße folgend nach Westen ab, wo eine weitere Ausweiche geplant ist. Die Abzweigung auf der zu verbreiternden Brücke überquert. Die Linie durchzieht auf einer Böschung das Gewann Schweineweide und erreicht vor der Straßenzugung der Anter- und Kaitenwöschstraße den Stadtteil Darlanden. Von hier durchläuft sie in schräger Richtung als Nebenbahnengleis liegend, die Kaitenwöschstraße und endigt mit einer Schlußweiche in der Hammstraße neben dem Hochgestade.
Im eine Kreuzung der neuen Linie mit der bereits bestehenden Meterpuranlage im Zuge der Pfalzstraße zu vermeiden, wird die vorhandene Endausweiche um rund 100 m nach Südosten verlegt.
Die Pläne des Unternehmens liegen innerhalb 14 Tagen von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in den in Betracht kommenden Tageszeitungen an gerechnet beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer 56 — und auf dem Rathaus in Karlsruhe auf. Etwaige Einreden gegen das Unternehmen sind innerhalb dieser Frist beim Bezirksamt Karlsruhe oder bei dem Bürgermeisteramt vorzubringen.
Karlsruhe, den 21. Juni 1927. D. 3. 80.
Der Finanzminister.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe in Baden.

Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Mittwoch, den 27. Juli 1927, vormittags 11 Uhr,** in den Geschäftsräumen unseres Werkes, Karlsruhe, Wattstraße 1, stattfindenden

75. ordentl. Generalversammlung

ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlage des Berichts des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das abgelaufene Geschäftsjahr 1926.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1926.
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Beschlussfassung über die Zusammenlegung des Stammkapitals im Verhältnis von 5:2 von **RM 6 350 000.—** auf **RM 2 740 000.—**
5. Änderung des § 2, Absatz 1, (Grundkapital und Aktienstückelung) und des § 20 des Statuts Stimmrecht der Vorzugsaktien.
6. Änderung des § 16 des Statuts zwecks Erleichterung der Hinterlegungsbestimmungen.
7. Zuwahlen in den Aufsichtsrat.
Die Beschlussfassung über Punkt 4 und Punkt 5 der Tagesordnung findet in gesonderter Abstimmung der Stammaktionäre und der Vorzugsaktionäre, sowie in deren gemeinsamer Abstimmung statt.
Die Besitzer von Inhaber-Aktien, welche an der ordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien bis spätestens **Freitag, den 22. Juli 1927** während der Geschäftsstunden bei unserer Kasse oder bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, oder bei **Sal. Oppenheim jun. & Co., Köln a. Rhein**, oder bei der **Direction der Discontogesellschaft Frankfurt a. M.**, oder bei der **Direction der Discontogesellschaft Berlin**, oder bei einem deutschen Notar zu hinterlegen.
Karlsruhe, den 24. Juni 1927.
Der Vorstand. (3.503)

Jagd-Versteigerungen.

Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiverpachungs-Anzeigen sind in dieser Zeitschrift sehr erfolgreich. „Der Deutsche Jäger“ ist u. a. offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger und seiner Ortsgruppen, deren Mitglieder fast durchwegs Bezüher sind.
Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“ München, Brienerstraße 9.

Gemälde
kaufe Landschaften,
Freiburg, Thoma.
Preis-Offerten an
B. Rheinb.
Berlin NW 7,
Unter den Linden 71



Badisches Landestheater
Sonntag, den 26. Juni 1927
* C 29, Th.-Gem. 2. S.-G.

Die weiße Dame

von Boieldieu
Musikalische Leitung:
Alfons Fischer
In Szene gesetzt von
Helmut Grobe
Gabelton Vogel
Anna v. Ernst
George Bus
Dixon Siegfried
Jenny Blank
Margarete Wanka
Mac Jcton Löfer
Gabriel Niltan
Landmann Rainbach
Anfang 7^{1/2} Ende 10
I. Sperrst. 7.— M.

Montag, den 27. Juni 1927
Volksbühne 11

Bolpene

oder
Der Tanz ums Geld
von Ben Jonson
In Szene gesetzt von
Felix Baumgard
Bolpene Gers
Rosca Dahlen
Boltore Brüter
Corbaccio v. d. Trend
Corvino Koeble
Leone Hofbauer
Colomba Albrecht
Canina Clement
Nichter Höder
Oberster Gemmede
Sbirre Graf
Weidner
Köhner
Läfer
Dienert
Othholt
Weidner

Gerichtsdienert
Anfang 7^{1/2} Ende geg. 10^{1/2},
I. Sperrst. 5 M.
Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf frei
gehalten.
Dienstag, 28. Juni: **Tosca.**

Im Städt. Konzerthaus

* Sonntag, 26. Juni 1927
Th.-Gem. 901—1000 und
1201—1400

Mein Vetter Eduard

von Fritz Friedmann —
Friedrich und Ralph Artur
Roberts
In Szene gesetzt von
Dr. Gerhard Storz
Eduard Müller
Wolff Höder
Marianne Clement
Anita Genter
Gannibal von der Tend
Ellen Albrecht
Josefine Koeble
Sanitätsrat Hofbauer
Diener Ständesbeamte
Diener Koeble
Anfang 7^{1/2} Ende 9^{1/2},
I. Sperrst. 4.20 M.

Bücher
sind Freunde
Bücher
sind Gefährten